

## Kleine Presseschau zum Monatsstart

Wie besser, als gleich mit einem verlängerten Wochenende, könnte ein neuer Monat beginnen? Viel Zeit also, sich mal in den Medien umzuschauen. Raed Saleh, der ungern in den Parteigremien das Wort ergreift, dafür aber umso lieber Essays schreibt oder Interviews gibt, hat sich in der Berliner Zeitung von heute zu Wort gemeldet:

<http://www.berliner-zeitung.de/berlin/interview-mit-raed-saleh--ich-mache-mir-ernsthaft-sorgen-um-meine-politische-heimat--24831842>

Anstatt die ersten parteiinternen Gespräche im SPD-Landesvorstand abzuwarten, hat Saleh mit seiner Partei und Michael Müller schon mal vorab via Tagesspiegel abgerechnet. „Er habe in den vergangenen Tagen einiges aus seiner Partei ertragen müssen“, jammert Raed Saleh in der Berliner Zeitung. „Seine Kritik an der SPD kam in den eigenen Reihen stellenweise nicht gut an. Doch der Fraktionschef hält sein Vorgehen für richtig.“

### Markante Sätze aus dem Interview:

„Ich möchte, dass wir kämpfen mit Michael Müller an der Spitze.“

„Ich möchte, dass die Berliner und die 17.000 Parteimitglieder merken, dass die SPD nicht einfach zum Alltag übergeht.“

Ob der Zeitpunkt für die von Saleh öffentlich angezettelte Debatte richtig gewählt worden sei, fragt ihn die Berliner Zeitung. Antwort: „Vor oder direkt nach der Wahl wäre falsch gewesen. Aber jetzt, wo wir Sondierungsgespräche geführt haben und vor Koalitionsverhandlungen stehen, ist das genau der richtige Zeitpunkt, um diese Debatte zu führen.“

Berliner Zeitung: Hätte die Debatte nicht zunächst in den Gremien geführt werden sollen, statt in der Öffentlichkeit? Saleh: „Die Diskussion wird doch eh öffentlich geführt, dann sollten wir auch daran teilhaben...Natürlich musste ich in den vergangenen Tagen aus meiner Partei einiges ertragen. Ich hätte es mir einfacher machen können, aber das wäre doch feige.“ *Anmerkung paperpress: Und wie mutig war es, nach der Veröffentlichung im Tagesspiegel für einen Tag abzutauchen und weder an der Senats- noch an der Sitzung des Fraktionsvorstandes teilzunehmen?*

Berliner Zeitung: Sie haben auch Michael Müller kritisiert, dem es nicht gelungen sei, die Entfernung zur Bevölkerung zu überbrücken. Was ist Ihr eigener Anteil an der Wahlniederlage? „Das stimmt nicht. Ich habe von uns geredet. Es ist der gesamten SPD

nicht gelungen. Es geht nicht um Personen. Das weiß auch der Regierende Bürgermeister. Er ist Prof genug, um das nicht persönlich zu nehmen.“

Berliner Zeitung: Ist Michael Müller der richtige Mann, um ein Dreierbündnis zu führen und auf Augenhöhe mit den Partnern umzugehen?

Saleh: „Definitiv.“

Berliner Zeitung: Wird die Fraktion Michael Müller zum Regierenden Bürgermeister wählen?

Saleh: „Definitiv. Geschlossen, wie immer.“

Berliner Zeitung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass er 100 Prozent der Stimmen bekommt?

Saleh: „Natürlich.“

Klare Worte, was will man mehr. Und wie lautet Salehs Botschaft an die Berlinerinnen und Berliner?

Saleh: „Habt keine Angst vor einer rot-rot-grünen Koalition. Wir Sozialdemokraten sorgen dafür, dass die Stadt bezahlbar bleibt und dass alle etwas davon haben, wenn es ihr gutgeht.“

Berliner Zeitung: Wie sehen Sie Ihre Zukunft?

Saleh: „Ich bin sehr gerne Fraktionsvorsitzender.“

## Saleh stellt der SPD die richtige Frage, gibt aber die falsche Antwort

schreibt heute Gunnar Schupelius in seiner BZ-Kolumne. Saleh habe versucht, die Wahlniederlage seiner Partei zu erklären, schreibt Schupelius. „Es ehrt ihn, dass er das versucht hat.“ „Saleh erklärt, warum es so weit kommen musste, nämlich weil die SPD den Kontakt zum Volk verlor. Das müsse sich ändern.“

Schupelius kritisiert, dass Saleh schreibe, dass sich die Menschen „nach einer stabilen Koalition“ sehnten, „die ruhig und an Sachfragen orientiert arbeitet“. „Wer aber nun glaubt, Saleh spräche von einer Koalition der Mitte, bestehend aus SPD, CDU und FDP oder auch SPD, FDP und Grünen, der hat sich geirrt: Saleh hält Rot-Rot-Grün für die einzige stabile Koalition, die ‚ruhig und an Sachfragen orientiert‘ arbeiten könne. Er meint also, er käme dem Volk, das der SPD abhanden kam, dadurch wieder näher, dass er die Partei komplett nach links rückt. Das verstehe wer will.“ Schupelius kommt zu dem Schluss: „Raed Saleh will die verlorenen Wähler zurückgewinnen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass er mit dem Text, den er da geschrieben hat, irgendeinen von ihnen hinter dem Ofen vorholt.“

<http://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/saleh-stellt-der-spd-die-richtige-frage-gibt-aber-die-falsche-antwort>

## Nachzählen in Mitte

Ulrich Zawotka-Gerlach berichtet im Tagesspiegel, dass sich das gerade neu zusammengesetzte Parlament mit 160 Abgeordneten möglicher Weise auf 156 reduzieren könnte. Denn Tilo Siewer von den Grünen will vor dem Verfassungsgericht erreichen, dass in Mitte die Erststimmen neu ausgezählt werden.

„Sechs Stimmen Vorsprung hatte Thomas Isenberg, der SPD-Kandidat im Wahlkreis 3 in Mitte, bei der Abgeordnetenhauswahl am 18. September. Jetzt will ihm der unterlegene Konkurrent, Tilo Siewer von den Grünen, das Direktmandat im Kiez rund um den Großen Tiergarten streitig machen. Er zog am Freitag mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung vor das Landesverfassungsgericht, um eine Nachzählung der Wählerstimmen im gesamten Wahlkreis zu erzwingen.“

Bei diesem knappen Ergebnis ist der Wunsch verständlich. Aber: „Falls der Verfassungsgerichtshof dem Grünen-Politiker recht gibt und Siewer bei einer Neuauszählung den Wahlkreis nachträglich gewinnt, käme einiges ins Rutschen: Der Sozialdemokrat Isenberg verlöre sein Direktmandat, stattdessen zöge Siewer ins Parlament ein. Darüber könnten sich die Grünen aber nicht freuen, weil ihnen landesweit zwei Ausgleichsmandate abhandenkämen. CDU und AfD müssten jeweils auf ein Ausgleichsmandat verzichten. Nur Linke und FDP blieben ungeschoren.“

Somit blieben fünf Abgeordnete auf der Strecke, neben Thomas Isenberg müssten auch die vier Abgeordneten von den Grünen, CDU und AfD ihre Plätze räumen, bevor sie sich es auf ihnen bequem gemacht haben. Das Wahlsystem in Berlin ist mit den Ausgleichs- und Überhangmandaten kompliziert, aber im Ergebnis gerecht, denn im Parlament sind die Parteien nach ihrem tatsächlichen prozentualen Stimmenanteil vertreten. Gewinnt Tilo Siewer seinen Wahlkreis nach der Neuauszählung, freut sich vor allem der Steuerzahler über vier Parlamentssitze weniger.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-der-berlin-wahl-gruenen-politiker-will-neuauszaehlung-der-stimmen-in-mitte/14630884.html>

### Wie Berlins Verwaltung von Hamburg lernen kann

berichtet uns zum Monatsbeginn Andreas Abel in der Berliner Morgenpost. Er hat mit dem Behörden-Experten Hartmut Bäumer gesprochen. Es geht natürlich um die Bereiche innerhalb der Verwaltung, in denen diese direkt auf die Bürger trifft, also vornehm-

lich in jenem Amt, das ihren Namen trägt. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den paperpress-Beitrag „Der Schlüssel zum Erfolg“, in dem es um diese Thematik geht.

<http://www.paperpress.org/index.php?name=News&file=article&sid=3008>

Für den Senat, schreibt Abel, sei es völlig klar, dass die Bürgerämter Sache der Bezirke sind. Hartmut Bäumer: „Was in Berlin nicht funktioniert, ist der Umgang mit besonderen Situationen und die vorsorgende Planung. Das haben wir in diesem und letzten Jahr bei der Versorgung der Flüchtlinge gesehen, das stellen wir beim Versagen der Bürgerämter fest. Nehmen Sie die Bürgerämter. Da gibt es Zehn-Jahres-Zyklen, etwa bei der Erneuerung von Pässen. Das weiß die Verwaltung eigentlich, aber sie stellt sich nicht rechtzeitig darauf ein. An solcher Planung mangelt es auch im gesamten Infrastrukturbereich, zum Beispiel bei der Schulsanierung.“

Die zweistufige Verwaltung – Senat / Bezirke – habe sich, so Hartmut Bäumer zur Morgenpost, „so, wie sie jetzt praktiziert wird und gesetzlich verankert ist, nicht bewährt.“ Die Verantwortung werde jeweils auf die andere Ebene abgeschoben, „weil es keine klaren Kompetenzzuweisungen gibt und damit auch keine klare Verantwortungszuweisung. Das müsste dringend geändert werden.“ Die Bezirke seien „einerseits Teil der Gesamtstadt wie eine nachgeordnete Behörde, die aber ein eigenes politisches Entscheidungsgremium in wesentlichen Fragen aufweisen.“

In Hamburg, wo es auf den ersten Blick ein ähnliches System gibt, sind die Verantwortungen klar aufgeteilt. Die zweite Ebene, also die Bezirke, konzentrierte sich auf den Verwaltungsvollzug und seien wenig politisch. „Wenn man in Berlin die Bezirksämter in der jetzigen Form belässt, sollte der Bürgermeister eine stärkere Führungskompetenz haben. Es kann nicht sein, dass sich Stadträte gegenseitig blockieren. Wichtig ist, dass beiden Ebenen, Senat und Bezirken, klare Kompetenzen zugeordnet werden.“

„Man müsste“, so Hartmut Bäumer im Gespräch mit der Berliner Morgenpost, „zunächst per Gesetz und Vereinbarungen zwischen Senat und Bezirken definieren, was staatliche oder gesamtstädtische Aufgaben sind, die beim Senat liegen. Und was klassische kommunale Aufgaben sind, die man vernünftigerweise in den Bezirken löst, weil die näher am Bürger sind.“

<http://www.morgenpost.de/berlin/article208329887/Wie-Berlins-Verwaltung-von-Hamburg-lernen-kann.html>